

# Was die Wähler bewegt

## Versuch einer Analyse

Eigentlich dienen Wahlen dazu, dass der Bürger bestimmen kann, wie die Politik in Zukunft aussehen soll. Voraussetzungen sind:

1. Dass man sich informiert, was welche Partei vor hat.
2. Dass man versteht, welche Folgen das hätte.
3. Dass man einen kühlen Kopf bewahrt und prüft, ob das, was Parteien vorschlagen auch umsetzbar ist.
4. Dass man sich nicht nur an den Schlagworten orientiert, sondern auch daran, was in Parteiprogrammen steht.
5. Dass man bei Parteien, die bereits in Parlamenten sind, deren Arbeit in der Vergangenheit vergleicht mit dem, was sie einst versprochen.

All das macht eine Menge Arbeit und wird von den Wenigsten tatsächlich geleistet. Das ist bedauerlich, aber Viele sind nicht bereit oder fähig die Mühen, die eine Demokratie von ihren Bürgern fordert auch zu erfüllen.

Viele beschränken sich auf das Programm der Partei, die sie aus einem Gefühl heraus für die Beste halten. Manche befassen sich nicht einmal mit deren Programm, vor allem, wenn sie die Partei sowieso wählen wollen. Auch das kritische ( unterscheidende ) Beobachten der Arbeit der Parteien zwischen den Wahlen ersparen sich manche Stammwähler. Das bedeutet, dass viele Wahlentscheidungen nicht wohl abgewogen sind, sondern Gefühlen folgen, über die man sich nicht immer im Klaren ist. Politik sollte jedoch nicht nur von Gefühlen bestimmt werden, sondern auch von der Vernunft, sonst besteht die Gefahr das Populisten (Leute, die den anderen Leuten nachlaufen, um ihre eigenen Ziele zu erreichen ) die Demokratie abschaffen, oder einen Teil der Bürger in die Irre führen. Dazu tragen auch Politiker bei, die Dinge fordern, die unrealistisch sind, etwa die sofortige Abschiebung bei schweren Straftaten. Das ist erst nach einer Verurteilung und der Verbüßung der Strafe möglich und auch das nicht überall hin.

Dass man bei schweren Verstößen gegen das Recht und gegen andere Menschen vom Gefühl her die Täter los werden will, ist verständlich. Aber das ist in einem Rechtsstaat nicht möglich, ohne die Rechtsstaatlichkeit aufzugeben, also die Demokratie zu beschädigen.

Das zeigt auch, wie schwer es für den Einzelnen sein kann sich Klarheit zu verschaffen über das, was möglich ist und darüber welche Folgen es hätte dem eigenen Gefühl zu folgen. Der Wunsch sich mit einem Täter nicht mehr auseinander setzen zu müssen führte früher zu der Forderung „Rübe runter!“, also zur Todesstrafe. Wollen wir wirklich rechtliche und humane

Errungenschaften aufgeben? Schließlich zeigen auch die USA, dass es immer wieder zu Fehlurteilen kommt, die man nach dem Vollzug der Todesstrafe nicht mehr korrigieren kann.

Dennoch ist es wichtig sich die Wahlergebnisse anzuschauen, um zu verstehen, was die Menschen bewegt und welche Folgen das haben könnte.

Erstaunlich ist, dass selbst bei den Wählern der Grünen der Klimawandel nur noch mit 52 % wichtigster Grund für die Wahlentscheidung war. Das sind 16% weniger, als bei der Wahl 2019! Warum ist das erstaunlich? Weil das Problem ja nicht gelöst ist und die gesamte Menschheit betrifft. Man hätte annehmen können, dass das mittlerweile alle wissen und dem entsprechend wählen würden. Nur noch 14% halten das für die Zukunft ( und für ihre Wahl ) entscheidend!

Statt dessen erleben wir anschaulich, dass Vielen „das Hemd näher ist, als die Hose“. Die von Putin erzeugte Kriegsgefahr wird als bedrohlicher empfunden. 26% halten die Friedenssicherung für das wichtigste Thema bei der Europawahl. Es folgen die soziale Sicherheit mit 23% und an dritter Stelle die Zuwanderung mit 17 %. Nun kommen das Klima mit 14% und das Wirtschaftswachstum mit 13%, das mit der Sozialen Sicherheit verknüpft sein kann, weil eine florierende Wirtschaft auch dem Einzelnen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt gibt.

Niemand wird etwas gegen Frieden, oder soziale Sicherheit einzuwenden haben. Aber das Thema Zuwanderung ist fragwürdig, weil es in Deutschland ( aber auch anderswo ) an Personal fehlt, um viele Aufgaben zu bewältigen. Das ist mit dem Wirtschaftswachstum gekoppelt, denn wenn die Wirtschaft wachsen will, dann muss auch jemand die Arbeit machen. Da aber die Wirtschaft gerne in Länder ausweicht, in denen die Kosten für die Arbeitskräfte geringer sind, oder wo die Standards beim Umweltschutz oder beim Schutz der Mitarbeiter geringer sind, führt Wirtschaftswachstum nicht zwingend zu mehr und besseren Arbeitsplätzen hier. Im Gegenteil es trägt zur Personalnot bei, wobei die Wirtschaft am liebsten fertige gut ausgebildete Arbeitskräfte ins Land holen würde, was gegenüber den Länder, in denen sie ausgebildet wurden, unfair ist, weil sie diese Menschen oft selbst brauchen würden, um sich unserem Lebensstandard wenigstens anzunähern, oder die Not zu lindern.

Zugleich meint die Wirtschaft – und das ist in unserem Wirtschaftssystem so angelegt - dass sie nur eine Zukunft habe, wenn sie weiter wachse. Dass es auf einem beschränkten Planeten unmöglich ist immer weiter zu wachsen, will man nicht sehen, weil man oft in der Denkweise der Betriebswirtschaft gefangen ist, aber nicht das Wohl Aller zum Ziel hat. Wer Wirtschaftswachstum fordert, plappert das nach, ohne zu überlegen, wie das möglich wäre, ohne die Umwelt oder die Menschen zu überfordern.

Ähnlich ist es bei der Zuwanderung: Einerseits brauchen wir Menschen um unsere Personalnot zu lindern und um die Renten- und Krankenkassen nicht zu überfordern. Aber andererseits haben wir eine gewisse Angst vor Fremden und wollen möglichst wenigen Fliehenden hier ein Leben in Ruhe und Sicherheit ermöglichen. Und die Wirtschaft beklagt, dass die Fliehenden nicht die von der Wirtschaft erwünschten Ausbildungen haben.

Vielleicht sollten wir überlegen, wie man mit den Menschen, die wir haben ( und denen, die zu uns kommen wollen ) wirtschaften könnte, anstatt sich Illusionen über die Lage zu machen. Wäre es so schlimm, wenn die Wirtschaft wieder den Menschen zu dienen versuchte, statt die Menschen zu drängen, so zu funktionieren, wie es einer Wirtschaft gefällt? Solange es der Wirtschaft ausschließlich um Gewinne und Wachstum geht, wird das langfristig zur Katastrophe

führen, weil immer mehr automatisiert ( weil Menschen zu teuer sind ), oder ins billigere Ausland verlagert wird, so dass die Einnahmen der Kranken- und Rentenkassen hier im Land irgend wann nicht mehr für die Zahl der Bürger und ihrer Versorgung ausreichen werden.

So betrachtet ist der Wunsch nach Sozialer Sicherheit auch eine Forderung an Wirtschaft und Politik, die bisher zu wenig beachtet wird. Und selbst wenn dieser Wunsch nur auf einem Gefühl beruht, so scheint in diesem Fall das Gefühl mit der Vernunft zum selben Ergebnis zu kommen, nämlich, das man keinesfalls einfach „weiter so“ machen dürfe, wenn man schwere Probleme vermeiden will.

Kein Wunder, wenn über die Hälfte ( 56% ) meint, dass ein Regierungswechsel hin zur CDU, oder Merz statt Scholz, keine Verbesserung brächte. Das bedeutet aber zugleich, dass man den Handlungsspielraum der Politik als nur noch ziemlich gering einschätzt.

